

2. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Abbildung 2: Überblick über die makroökonomischen Annahmen der Budgetplanung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen Prognosewerte in %	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Wirtschaftswachstum nominell	2,4	3,7	3,2	3,1	3,1	3,1
Wirtschaftswachstum real	0,9	1,6	1,6	1,6	1,5	1,5
Outputlücke (in % des BIP)	-1,2	-0,9	-0,5	-0,3	-0,2	0,0
Outputlücke gemäß EK-Prognose 3.5. (in % des BIP)	-1,0	-0,7	-0,3	n.verf.	n.verf.	n.verf.
Outputlücke gemäß OECD Nov. 2015 (in % des BIP)	-2,6	-2,2	-1,4	n.verf.	n.verf.	n.verf.
unselbständig Beschäftigte	1,0	1,3	1,3	1,2	1,1	1,1
Arbeitslose (Insgesamt, in Tausend)*	354	377	391	403	411	416
Arbeitslosenquote (Insgesamt, nationale Definition)	9,1	9,5	9,8	9,9	10,0	10,0
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	2,7	2,6	2,8	3,0	3,0	3,0
Gewinne der Unternehmen und Selbständigen	1,8	4,2	3,8	3,5	3,3	3,2
nominelles BIP, in Mrd Euro	337	350	361	372	384	395

Quelle: BMF. *AMS-Daten, daher ohne SchulungsteilnehmerInnen.

Die Regierungsvorlage zum BFRG basiert auf der – nicht veröffentlichten – mittelfristigen Prognose des WIFO vom März 2016. Diese unterstellt, dass die lange, von Mitte 2011 bis Anfang 2015 anhaltende Stagnation der Wirtschaftsleistung graduell überwunden wird. Bereits im Frühjahr 2015 hat eine **konjunkturelle Erholung** eingesetzt, die – wie für die österreichische Wirtschaft typisch – von der Auslandsnachfrage ausging: Die Beschleunigung der Exportnachfrage nach österreichischen Produkten belebte die Industrieproduktion und kam auch in einer vorsichtigen Ausweitung der Investitionstätigkeit zum Ausdruck. Dazu kam die Zunahme des öffentlichen Konsums aufgrund der gebotenen Erhöhung der Ausgaben für die steigende Zahl an Flüchtlingen und Asylsuchenden sowie zuletzt auch eine beginnende Belebung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte infolge der markanten Entlastung bei der Einkommensteuer ab Jahresbeginn 2016.

Diese Erholung der Konjunktur wird von anhaltender Labilität der internationalen Finanzmärkte und fehlenden expansiven Impulsen seitens der europäischen Wirtschaftspolitik gebremst und bleibt deshalb mäßig. Das Wachstum des BIP soll im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 real nur 1,6 % erreichen und damit weit unter den Vergleichswerten vergangener Aufschwungsphasen bleiben. Im Unterschied zu den Jahren seit 2011, in denen restriktive Budgetpolitik die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dämpfte, wirkt die österreichische **Budgetpolitik spätestens seit Beginn des heurigen Jahres unterstützend für Nachfrage und Beschäftigung**, wenn auch nicht in ausreichendem Ausmaß.

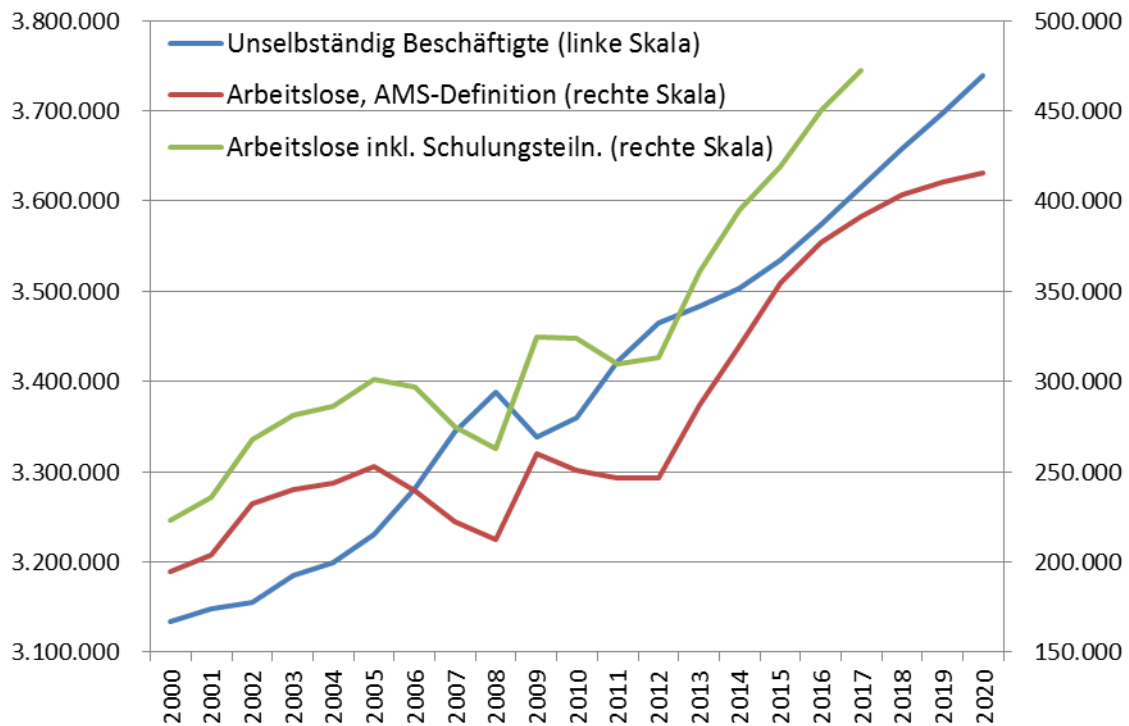
Die kleine, offene Wirtschaft Österreichs ist in erheblichem Ausmaß von der Konjunktur in Europa abhängig. Die anhaltende Krise beim wichtigen Außenhandelspartner Italien und die mäßige Konjunktur in der gesamten Eurozone schlagen sich deshalb in insgesamt recht schwacher Dynamik der Exportnachfrage nieder. Österreichs Wirtschaft ist zwar deutlich besser durch die Finanzkrise gekommen als jene der meisten anderen EU-Länder, doch ist eine dauerhafte Abkopplung nicht möglich. Die heimische Politik muss sich deshalb – auch im eigenen Interesse – **auf europäischer Ebene** stärker dafür einsetzen, die wirtschaftlich und sozial schädliche Sparpolitik zu überwinden und einen **Kurswechsel zugunsten einer beschäftigungs- und verteilungsorientierten Ausrichtung der Wirtschaftspolitik** einzuleiten. Dies verlangt vor allem nach einer koordinierten Ausweitung der öffentlichen Investitionen, von der der notwendige Impuls für eine Belebung der privaten Investitionstätigkeit und der Konsumnachfrage ausgehen würde.

Der öffentliche Sektor in Österreich weist in Bezug auf die konjunkturellen Schlüsselgrößen **Investition und Innovation im EU-Vergleich sehr gute Werte** auf. Die öffentlichen Investitionen liegen bei etwa 3 % des BIP, damit über dem Durchschnitt der Eurozone und knapp einen Prozentpunkt höher als Deutschland. Die regen Investitionsaktivitäten des Staates tragen wesentlich dazu bei, dass die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote mit mehr als 22 % des BIP etwa zwei Prozentpunkte höher liegt als in der Eurozone und in Deutschland. Dennoch bleibt angesichts des raschen Wachstums der Bevölkerung vor allem in den Ballungszentren der Bedarf an einer Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur (Energienetze, Elektromobilität, öffentlicher Verkehr, sozialer Wohnbau ua) hoch. Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung hat Österreich einen Aufholprozess hinter sich, nun liegt das Land mit einer F&E-Quote von 3 % des BIP gemeinsam mit den skandinavischen Ländern an der Spitze der EU, wieder vor allem dank eines großen Beitrages des öffentlichen Sektors: Denn bei den staatlich finanzierten F&E Ausgaben nimmt Österreich mit mehr als 1 % des BIP mittlerweile sogar den ersten Rang in der EU ein.

Investitionen und Innovation haben unmittelbare Nachfragewirkungen, tragen aber auch wesentlich dazu bei, das mittelfristige Produktionspotenzial zu erhöhen. Dennoch bleibt das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaft die anhaltende Unterauslastung der Kapazitäten. Das Wirtschaftswachstum ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen zu schwach um die recht große Lücke zwischen dem theoretischen Produktionspotenzial und der tatsächlichen Wirtschaftsleistung – die sogenannte Outputlücke – rasch zu schließen. Das **Potenzialwachstum und damit auch die Outputlücke werden generell deutlich unterschätzt** – vor allem von der EU-Kommission, wie auch der Vergleich mit der OECD-Schätzung zeigt. Dieser zunächst nach einer rein technischen Fragestellung klingende Unterschied zwischen errechneter und realistischer Outputlücke hat wirtschaftspolitisch erhebliche Konsequenzen: Er führt zu einer merklichen Überschätzung des strukturellen Defizits und verringert damit die budgetären Spielräume für eine an Beschäftigung, Innovation und Zukunftsinvestitionen orientierte Politik.

Eine derartige Politik wäre allerdings – neben den positiven bereits gesetzten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – eine wesentliche Voraussetzung für eine Entlastung der angespannten Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen der Konjunktur und der europäischen Politik ist dies außerordentlich schwierig. Zwar ist die Zahl der Jobs schon in den letzten Jahren relativ kräftig gewachsen und dies wird sich laut Prognose in den kommenden Jahren verstärkt fortsetzen. Doch das Volumen der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden dürfte dabei nur wenig ausgeweitet werden, Teilzeitbeschäftigung und temporäre Arbeitsplätze nehmen weiter zu. Die insgesamt zu konstatierende **Schwäche der Arbeitskräftenachfrage** trifft auf eine markante Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und beide Phänomene zusammen drohen in einem weiteren Anstieg der ohnehin bereits rekordhohen Arbeitslosigkeit zu münden.

Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigung (2000-2020)



Quelle: WIFO, eigene Berechnungen.

Für 2020 rechnet der Strategiebericht mit 415.000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. Dies stellt die gravierendste Abweichung von den Zielsetzungen des magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik dar und verlangt nach einem raschen Kurswechsel der wirtschaftspolitischen Ausrichtung.